

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1879

19.1.1879 (No. 16)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Januar.

№ 16.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizell ober deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1879.

Telegramme.

† Berlin, 17. Jan. Auf die neue preussische konsolidirte Anleihe sind 135 1/2 Millionen gezeichnet. Die Repartitur bleibt den einzelnen Zeichnungstellen vorbehalten.

† Wien, 17. Jan. Heute Mittag fand unter dem Vorsitz des Kaisers ein Ministerrath behufs Vereinbarung bezüglich der bosnischen Vorlagen statt.

† Wien, 17. Jan. Abgeordnetenhause. Fortsetzung der Generaldebatte über den Berliner Vertrag. Kübeck plaidirt für unbedingte Annahme des Vertrages; Oesterreich müsse Andraffy für seine lokale Politik dankbar sein. Heilsberg verteidigt die Kompetenz des Reichsrathes, ist aber dagegen, daß derselbe die Mitverantwortlichkeit nachträglich übernehme, daher für Uebergang zur Tagesordnung. Koh spricht Andraffy für die Resultate seiner Politik freudigen Beifall aus; dieselbe sei eine echt österreichische, ehrenhaft und auch nützlich, da sie die Steuerkraft der Monarchie stärke. Walterskirchen verurtheilt die Okkupation vom wirtschaftlichen Standpunkte aus und ist für Uebergang zur Tagesordnung. Carnert widerlegt die Ausführungen der Opposition, die nur auf programmlose Negation hinauslaufen; das österreichische Volk habe für die Okkupation besseres Verständnis. Schupp polemisiert gegen die Majorität und tritt für die Resolution Herbst ein. Morgen Fortsetzung der Debatte.

† Wien, 17. Jan. Meldungen der „Polit. Korresp.“ Aus Konstantinopel: Die russisch-türkischen Friedensverhandlungen, ausgenommen die komplizierte Kriegsentwicklungsfrage, sind bis zur Redaktion des Friedensinstruments gediehen, das eventuell Sonntag dem Sultan unterbreitet und nach dessen Approbation sofort unterzeichnet werden soll. Lagard investierte gestern Savet Pascha feierlich mit dem Großkreuz des „Star of India“. — Aus Bularest: Callimaki Catargi ist Seitens der Regierung nach Brüssel und Haag entsendet, um die Unabhängigkeit Rumäniens zu notifizieren und deren Anerkennung zu erwirken. — Aus Belgrad: Nachdem sich die Skupschtina damit einverstanden erklärt, wird für die Gruppen Petersburg und Berlin, London und Paris je ein Gesandtschaftsposten und ein dritter befristeter in Cetinje errichtet. In Bulgarien wird Serbien durch einen diplomatischen Agenten vertreten werden.

† Kopenhagen, 17. Jan. Das Volksting ist auf den 31. d. einberufen.

† Konstantinopel, 17. Jan. Hafiz Pascha ist zum Polizeiminister ernannt. Die Abreise Savet's nach Paris wird noch immer verzögert. Mehrere Journale rathen der Pforte, Janina an Griechenland abzutreten, um nicht die separatistischen Tendenzen der Albaner zu ermuthigen.

Politische Wochenübersicht.

Das Kaiserliche wie unser Großherzogliches Haus wurden aufs Neue in tiefe Trauer versetzt durch den am 13. d. unerwartet erfolgten Tod des erst vor wenigen Wochen mit einer Prinzessin des Kaiserhauses vermählten Prinzen Heinrich der Niederlande. — Ein Erlass des Kaisers vom 9. Januar enthält den Ausdruck warmen Dankes für die zahllosen Beweise von Theilnahme und treusinniger Sympathie, welche dem allverehrten Monarchen bei der Wiederübernahme der Regierungsgeschäfte und beim Jahreswechsel zugegangen sind. — Am 24. d. findet in Petersburg die Vermählung der Großfürstin Anastasia, einer Nichte unseres Großherzogs, mit dem Erbprinzen von Mecklenburg-Schwerin statt.

Im preussischen Abgeordnetenhause war die fortgesetzte Debatte über den Kultusetat von den herkömmlichen Beschwerden des Centrums begleitet. Der Gesetzentwurf wegen der Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden wurde an die Justizkommission verwiesen. — Am 16. d. erfolgte die Berathung des eigentlich der Reichsinitiative vorgreifenden Antrages v. Schorlemer's in Betreff der Buchergesetzgebung; derselbe wurde nach Verwerfung eines Antrages auf Tagesordnung gleichfalls abgelehnt. — In der Budgetkommission haben die Abgg. v. Benda und Richter Anträge auf konstitutionelle Garantien, Quotirung der indirekten Steuern, Einstellung aller kostspieligen Neubauten, namentlich der Eisenbahnen, und Abständnahme von Nebenbahnen eingebracht. — Der Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstages hat in der Presse eine sehr lebhafteste und erregte Diskussion und im Abgeordnetenhause einen gegen denselben gerichteten Antrag der Centrumsfraktion hervorgerufen, der als eine Einmischung in die Gesetzgebung des Reichs erscheint. Wenn einmal das unbestreitbare Bedürfnis einer Erweiterung der Disziplinargewalt des Reichs anerkannt ist, wird sich auch die Verständigung finden. Der Reichstag dürfte noch in der ersten Hälfte des Februar einberufen werden. — Die Kommission für die „Kaiser-Wilhelm-Spende, allgemeine deutsche Stiftung für Alters-, Renten- und Kapitalversicherung“ unter dem Protektorat des Kronprinzen hat das betreffende Statut endgültig angenommen. — Auch in der bayerischen Zweiten Kammer

wird ein Antrag auf ein Buchergesetz und Beschränkung der Wechselfreiheit beraten. — Die badische Zweite Kammer hat das Gesetz über die Ausbringung des Gemeindeaufwandes angenommen.

In Oesterreich-Ungarn ist die cisleithanische Ministerkrisis in eine neue Phase eingetreten: Fürst Auerzperg hat definitiv die neuerliche Uebernahme des Ministerpräsidiums abgelehnt und dürften von den bisherigen Ministern nur Pretis und Stremayr bleiben. Ueber das neue Ministerium gibt es nur Gerüchte. — Die im österreichischen Abgeordnetenhause begonnene Debatte über den Berliner Vertrag drohen langwierig und jedenfalls unfruchtbar zu werden. — In Betreff des Umstandes, daß der österreichische Export nach Frankreich nunmehr dem autonomen französischen Tarif unterliegt, konnte der Handelsminister auf eine Interpellation die Versicherung von den Bemühungen beider Regierungen geben, dem gegenwärtigen Zustande baldigst ein Ende zu machen.

Zwischen Italien und Frankreich ist ein provisorischer Handelsvertrag für das laufende Jahr, der beiden Ländern die Behandlung als meistbegünstigte Nation sichert, abgeschlossen und der am 14. d. wieder zusammengetretenen Kammer vorgelegt worden. Borerst erscheint der Bestand des Ministeriums Depretis wieder gesicherter. — Carotoli's Wunde soll sich aufs Neue verschlimmert haben. — Auch zwischen Italien und der Schweiz wird der Abschluß eines ähnlichen Handelsvertrages, wie der provisorische italienisch-französische, erwartet.

Das Ergebnis der schweizerischen Volksabstimmung über das die Alpenbahn-Subventionen (Gotthardbahn-Subvention) betreffende Gesetz am 19. d. ist nun als zweifellos günstig zu betrachten. In Kaufmanne starb der um die Eidgenossenschaft vielfach verdiente Bundesrichter Dr. Dubs, Alt-Bundesrath und mehrmals Bundespräsident.

Die luxemburgische Ständeversammlung wurde auf den 15. Januar einberufen. Die feierliche Weisung des Prinzen Heinrich, Statthalters des Großherzogthums, erfolgt in der Familiengruft zu Delft am 25. d.

In Frankreich traten die Kammern am 14. d. wieder zusammen, und zwar zum ersten Mal unter den durch die Senatswahlen vom 5. Januar wesentlich veränderten Parteienverhältnissen, die sich alsbald im Senat bei der Wahl des Präsidiums und Bureaus zeigten. Zum Präsidenten wurde an Stelle des Herzogs von Audiffret-Pasquier der Kandidat der vereinigten Linken, Martel, gewählt. Drei Vicepräsidenten gehören gleichfalls der Linken an. Die Deputirtenkammer wählte einstimmig wieder Grévy zum Präsidenten. Eine weitere Folge der eingetretenen Wendung ist die Entlassung des Kriegsministers Borel, an dessen Stelle der General Gréley ernannt ist. Am 16. d. trat das Ministerium mit seiner der neuen Aera angepassten Programm-erklärung vor die Kammern und fand von der Linken des Senats, bei dem Schweigen der Rechten, eine beifällige Aufnahme. War diese in der Deputirtenkammer kühler, so glaubt man doch bei der am Montag stattfindenden Diskussion ziemlich sicher auf eine Mehrheit für das Ministerium Dufaure rechnen zu können. — Es erfolgten 2245 neue Begnadigungen. — Am 26. d. findet die Ziehung der Ausstellungs-lotterie statt.

Gerüchte über ernste Differenzen im englischen Cabinet bezüglich des türkischen Anleiheprojekts und der noch immer bedrohlichen Zulu-Angelegenheit, wobei aber Lord Beaconsfield wieder Herr der Situation geworden sei, scheinen einigen Anhalt an der am Montag stattfindenden Diskussion ziemlich sicher auf eine Mehrheit für das Ministerium Dufaure rechnen zu können. — Es erfolgten 2245 neue Begnadigungen. — Am 26. d. findet die Ziehung der Ausstellungs-lotterie statt.

Gerüchte über ernste Differenzen im englischen Cabinet bezüglich des türkischen Anleiheprojekts und der noch immer bedrohlichen Zulu-Angelegenheit, wobei aber Lord Beaconsfield wieder Herr der Situation geworden sei, scheinen einigen Anhalt an der am Montag stattfindenden Diskussion ziemlich sicher auf eine Mehrheit für das Ministerium Dufaure rechnen zu können. — Es erfolgten 2245 neue Begnadigungen. — Am 26. d. findet die Ziehung der Ausstellungs-lotterie statt.

In Rußland ist auf Befehl des Kaisers eine besondere hohe Kommission ernannt worden zur Ausfindigmachung der Mittel, um die Reichsausgaben zu vermindern. Die epidemische Krankheit in den Gouvernements Astrachan und Saratow, deren Pestcharakter noch bestritten wird, ist in der Abnahme begriffen.

Wenn sich die Nachricht von der am 16. d. stattgefundenen feierlichen Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Rußland und der Pforte bestätigt, so wird dies als der wichtigste Schritt vorwärts bei Ausführung des Berliner Vertrages und als hoffnungsvolles Zeichen für die weitere Befestigung der friedlichen Zustände im Orient zu betrachten sein, wobei sich auch eine baldige Beseitigung der noch vorhandenen Schwierigkeiten, wie gegenüber Griechenland und Montenegro, wird erwarten lassen dürfen.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Jan. Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin von Leiningen, Prinzessin Marie von Baden, ist vorigen Mittwoch den 15. ds. Mts. zu längerem Aufenthalt in Karlsruhe eingetroffen.

In Höchsten Auftrage Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin wird sich nächsten Won-

tag den 20. ds. Mts. Se. Excellenz der Oberhofmarschall Freiherr von Gemmingen nach Luxemburg und Schloß Walferdingen begeben, um Ihrer Königlichen Hoheit der verwitweten Prinzessin Heinrich der Niederlande, Prinzessin von Preußen, Beileidschreiben des Großherzogs und der Großherzogin zu überbringen und den dort in Folge des Ablebens Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich der Niederlande stattfindenden Trauerfeierlichkeiten anzuwohnen.

β Berlin, 17. Jan. Der Justizauschuß des Bundesraths wird erst Ende nächster Woche in der Lage sein, über den an ihn überwiesenen Gesetzentwurf betreffend die Strafgewalt des Reichstags in Brathung zu treten. Da erst nach Erstattung des Ausschußberichts die Plenarberatung des Bundesraths erfolgen kann, so ist die Voraussage des Schicksals, welches der Entwurf im Bundesrath haben wird, jedenfalls gewagt.

Das in Sachen des „Großen Kurfürst“ berufene Kriegsgericht wird in der nächsten Woche zusammentreten. Ein Endresultat der Verhandlungen, welches der Öffentlichkeit übergeben werden kann, ist vor Ende Februar schwerlich zu erwarten.

Als vor Kurzem an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht wurde, daß eine Angabe der „Köln. Ztg.“ über die Kündigung von Handelsverträgen unrichtig sei und daß nur diejenigen gekündigt werden sollten, welche ein konventionales Tarifverhältnis begründeten, nämlich der Vertrag mit Belgien und der mit der Schweiz, versuchte der betreffende Korrespondent der „Köln. Ztg.“ seine Angabe aufrecht zu erhalten. Jetzt findet meine Mittheilung ihre amtliche Bestätigung in dem Protokoll des Bundesraths vom 9. Januar, welches u. A. aufführt, daß der Staatsminister Hofmann die Kündigung jener beiden Verträge angezeigt hat. Weitere Verträge kommen nicht in Frage.

† Berlin, 17. Jan. Der „Post“ zufolge hätte sich der Reichskanzler privatim dahin geäußert, es sei ihm vollständig gleichgültig, ob die Vorlage über die Strafgewalt des Reichstages ganz oder theilweise oder gar nicht angenommen werde; er glaube dem Reichstage und sonst Niemand mit der Anregung der Sache einen Dienst erwiesen zu haben, und könne ruhig abwarten, ob der Reichstag die durch gesetzliche Begründung des Jurisdiktionsrechts über die Reichstags-Mitglieder ihm bereitete mächtige Stellung annehmbar finde oder nicht. Daß der Reichstag auf dem Wege der Geschäftsordnung und ohne Gesetzgebungs-Akt über die Schwierigkeiten sich hinweghelfen könne, welche der Mangel des Jurisdiktionsrechts mit sich bringe, sei nicht wahrscheinlich; ein Versuch dazu im Falle der Ablehnung der legislativen Vorlage sei abzuwarten. Für jetzt sei es dringlich, die Verbreitung von Brandreden der socialistischen Abgeordneten zu hindern, wenn nicht die bisherigen günstigen Wirkungen des Socialistengesetzes gelähmt werden sollten. Mit der Vorsorge gegen diesen augenblicklichen Uebelstand habe der Reichstag aber noch keine hinreichende Ausrüstung zur Wahrung seiner Würde gegen die Ausschreitungen Einzelner. Empfände die Mehrheit dieses Bedürfnis jetzt noch nicht, so habe der Reichskanzler wenigstens mit der Vorlage seine Pflicht gethan und seine und der Bundesregierungen Verantwortlichkeit gewahrt. Er selbst habe zur Majorität der Volksvertretung besseres Vertrauen, als die Stimmen der liberalen Presse bisher an den Tag legten.

† Berlin, 17. Jan. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ kommt nochmals auf den Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ „Zum kirchlichen Frieden“ und auf die Rede des Kultusministers vom 10. d. im Abgeordnetenhause zurück, worin unzweifelhaft der ernste Wunsch nach Wiederherstellung des kirchlichen Friedens erkennbar sei. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ fügt hinzu: man dürfe in der That überzeugt sein, daß nicht bloß der Wunsch, sondern nach Berufung des jetzigen Papstes auf den päpstlichen Stuhl auch die Hoffnung auf kirchlichen Frieden innerhalb der Regierung lebendig sei. Papst Leo habe vom ersten Augenblick an das Verlangen nach Wiederanknüpfung friedlicher und vertrauensvoller Beziehungen zu den Regierungen, besonders auch zum Deutschen Reich zu oft und zu bestimmt ausgedrückt, als daß die Regierung nicht die persönliche Friedensneigung bei ihm anerkennen und freudig begrüßen sollte, wenn auch greifbare praktische Anknüpfungspunkte für Bethätigung dieser persönlichen Stimmung bisher noch nicht vorlägen. Vielleicht würden solche in dem Schreiben an den früheren Erzbischof von Köln zu finden sein, wenn das Schreiben an einen noch im Amte befindlichen preussischen Bischof gerichtet gewesen wäre. Ein lebhafter Ausdruck des Wunsches auf Zusammenwirken mit den Regierungen sei aber die Encyclica gegen den Socialismus und für die Frage des kirchlichen Friedens insofern von mittelbarer Bedeutung, als sie mit größter Klarheit und Entschiedenheit den Katholiken ein Gebiet staatlichen Wirkens bezeichne, das nicht gegen Glauben und Pflichten der Katholiken gehe, auf dem sie nach dem ganzen Geiste der Encyclica unbedingt mit der Regierung zusammenzuwirken verpflichtet seien, eine Pflicht, welche die katholische Partei seither schwerstens verlegt habe. Nach den wiederholten hoch-

bedeutungsvollen Friedensstundengebungen des Papstes sei zu hoffen, daß dieselben demnächst einen positiven praktischen Ausdruck und zugleich Beachtung und Nachfolge in dem Verhalten der Katholiken Preußens und Deutschlands fänden.

† Berlin, 17. Jan. (Abgeordnetenhaus.) Bei Fortsetzung der Beratung des Etats des Kultusministeriums kommt v. Meyer (Arnswalde) auf die vorgestrige Rede des Ministers zurück; Redner widerspricht der Behauptung, daß von der konservativen Partei die bekannten Angriffe ausgegangen seien, nimmt die Regulative in Schutz und fordert den engsten Zusammenhang von Schule und Kirche. Der Minister erklärt: er habe die Zustimmung des Vorredners nicht erwartet, bemerke übrigens, daß die gedachten Verdächtigungen allerdings auch von der Partei des Vorredners, wenngleich noch mehr von anderer Seite ausgegangen seien. — An der Debatte beteiligten sich vorwiegend Mitglieder des Zentrums. Titel 12—14 werden bewilligt. Zu Titel 15—17 (Schulaufsichts-Kosten) beantragen Röckerath und Szumann, dieselben als künftig wegfallend zu bezeichnen. Der Antrag wird abgelehnt und darauf das ganze Kapitel 125 genehmigt. (Fortsetzung der Beratung morgen.)

† Breslau, 17. Jan. Die „Breslauer Ztg.“ meldet: das Polizeipräsidium verbot die Sammlung von Geldbeiträgen, zu welcher der sozialdemokratische Führer Krücker aufgefordert hatte. Krücker wurde verhaftet.

Darmstadt, 15. Jan. Die Kaufsumme für den hessischen Anteil der Main-Weßerbahn, über deren Abtretung an Preußen dem Landtag Vorlage gemacht wurde, ist auf 17,250,000 Mark festgesetzt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. Jan. Eine sonst aus guten Quellen schöpfende Korrespondenz will wissen, daß im laufenden Jahre gar keine Waffenübungen stattfinden würden. Soll wohl heißen, keine größeren Übungen als in Brigaden oder höchstens Divisionen.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Das „Journal officiel“ zeigt an, daß der General Miribel, eine den republikanischen Kreisen ansehnliche Persönlichkeit, auf sein Ansuchen von dem Posten des Generalstabschefs im Kriegsministerium enthoben und zur Disposition gestellt worden ist. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. — Der französische Votschafter am Wiener Hofe, Marquis von Boguó, ist zum Kommandeur der Ehrenlegion befördert worden.

Das amtliche Blatt veröffentlicht ferner den Ausweis des Finanzministeriums über das Gesamtverträgniß der direkten und indirekten Steuern im Jahr 1878. Die direkten Steuern lieferten 688,448,700 Frs., d. i. 31,927,700 Frs. mehr als am 31. Dezember fällig war. Die Steuer auf bewegliche Werte, die auf 34,972,000 Frs. veranschlagt war, lieferte 34,274,000 Frs. Die indirekten Steuern endlich ergaben 2,151,747,000 Frs., d. i. 56,842,000 Frs. mehr als sie veranschlagt waren und 64,687,400 Frs. mehr als im Jahre 1877, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Voranschläge mit Rücksicht auf die Welt-Ausstellung um 10 Proz. höher angesetzt waren. Gefliegen sind gegen 1877: Einkommensteuer um 17,675,000, Einfuhrzölle um 14,386,200, Steuer auf inländischen Zucker um 24,264,000, Steuer auf Getränke um 9,521,200, Steuer auf Personenverkehr und Eisenbahnen um 3,524,000, Stempel um 2,800,000, Erträgniß des Tabakmonopols um 2,731,000 Frs.; die Posteinnahmen sind in Folge der Herabsetzung der Taxen um 14,596,000 Frs., die Einnahmen des Telegraphen hingegen sind trotz entsprechender Maßnahmen um 1,611,000 Frs. zurückgegangen.

Die in dem alten Industriepalast der Ellysäischen Felder veranstaltete Ausstellung der Gewinnsche der National-Lotterie wurde gestern von dem Handelsminister Lefevre de la Vort eröffnet. Das Ganze bietet den Anblick eines riesigen Jahrmärktes, in welchem der Kunstsinne nur selten Befriedigung finden kann, der aber dem Publikum gleich am ersten Tage den Mund so wässrig machte, daß die Waare, die in den letzten Tagen zum Originalpreise von 1 Fr. angeboten waren, noch gestern auf 1 Fr. 40 Cent. a 1 Fr. 50 Cent. gestiegen sind. Die Mannigfaltigkeit der Gewinne ist in der That außerordentlich, was freilich bei einer Lotterie von 12 Millionen Nummern und 80,273 Gewinnen nur auf den ersten Blick befremden kann. Es gibt beinahe keinen erdenklichen Gegenstand, der nicht wenigstens durch ein Exemplar vertreten wäre. Alle Treffer im Werte von 1000 Fr. oder mehr sind in einem einzigen Saale vereinigt, die übrigen in einer Reihe von zwölf Sälen zerstreut.

Paris, 17. Jan. Aus der im Urtext ungemein umfangreichen gestrigen Deklaration der Regierung — und es herrscht in den Kammern und in der Presse nur eine Stimme darüber, daß diese ungebührliche Länge der Wirkung des Dokuments sehr nachtheilig gewesen ist — glauben wir wenigstens einige Hauptstellen noch vorzutragen zu sollen.

Unter der hohen und patriotischen Führung des Präsidenten der Republik werden wir mit Ihnen demüthigt sein, die Leiden und Bedürfnisse, die Befürchtungen und Wünsche dieses edlen Landes, welches wir für unseren verfassungsmäßigen Theil zu regieren die Ehre haben, zu erforschen und zu berücksichtigen. Jede Absicht, die Ruhe der Welt zu stören, liegt ihm fern; es will nur Herr im eigenen Hause bleiben. Es wünscht mit Leidenschaft den Frieden, vorausgesetzt, daß derselbe seiner Würde kein Opfer zumuthet. (Sehr gut!) Einige Zeit hat es sich auf sich selbst zurückgezogen. Aber im Laufe des letzten Jahres glaubten wir mit Ihnen, daß der Augenblick gekommen sei, an den friedlichen Beratungen der großen europäischen Gesellschaft Theil zu nehmen. Man hat gefunden, daß unsere Mitwirkung eine vortheilhafte und würdige gewesen ist. An der Politik, die wir neulich im Senate dargelegt haben, soll nichts geändert werden. Wir werden auch ferner Alles, was in unseren Kräften steht, aufbieten, um den Frieden, der für Europa notwendig ist, aufrecht zu erhalten und zu befestigen;

wir werden mit den andern Signatarmächten die gängliche Durchführung des Berliner Vertrags betreiben, dabei aber hier Frankreich die Handlungsfreiheit bewahren, auf welche es nicht verzichten darf. (Sehr gut!) Die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen, welche zwischen der Regierung der Republik und allen Mächten ohne Ausnahme bestehen, haben sich unablässig befestigt und weiter entwickelt. Ueber das Verhalten, welchem wir diese erfreulichen Resultate zu danken haben und hoffentlich auch ferner zu danken haben werden, kann sich keine Meinungsverschiedenheit geltend machen.

Dank der patriotischen Bestimmung, die uns auf allen Gebieten einander näher zu bringen und zu einigen verspricht, wagt die Regierung, auf dasselbe Einvernehmen hinsichtlich der inneren Lage des Landes zu hoffen. Die furchtbaren Ereignisse, welche es vor acht Jahren heimgesucht haben und von denen schon so manche Spuren glücklich verwischt ist, haben in den Gemüthern eine lebhaft und gerechte Entrüstung gegen die verbrecherischen Führer zurückgelassen, die uns mit vollem Bewußtsein in eine wahre gesellschaftliche Anarchie stürzten, aber auch ein Gefühl des Mitleids für diejenigen, welche nur ihre blinden Werkzeuge gewesen sind. Die Regierung hat sich dem letzteren Gefühl, welches mit der Zeit nur noch wachsen mußte, mehr und mehr angeschlossen. Seit dem 14. Dezember 1877 hat der Präsident der Republik von seinem Begnadigungsrechte zu Gunsten von 1542 Verurtheilten Gebrauch gemacht. Wir haben ein Dekret vorbereitet, welches diesem heilsamen Werke einen Abschluß geben wird. Die Gnadenkommission konnte nach dreijähriger Arbeit unter den nach Neu-Caledonien geschickten oder in Frankreich gefangen gehaltenen Verurtheilten alle diejenigen unterscheiden, welche vermöge ihrer Vergangenheit, der Natur ihrer Verbrechen und ihrer Aufführung am Straftorte einen Akt der Milde verdienten; auf ihren Antrag ist soeben 2,251 Verurtheilten ihre Strafe erlassen worden. (Bewegung. Sehr gut!) Unter denen, welche ihr Contumacialurtheil nicht purgirt haben, befinden sich Solche, die nur einen untergeordneten Anteil an dem Aufstande von 1871 genommen, die Leiden der Verbannung mit Würde getragen haben und ihrer Strafe schon entbunden worden wären, wenn die bestehenden Gesetze dies gestattet hätten. Wir werden durch einen Gesetzentwurf beantragen, daß das Recht der Gnade sich auch auf sie erstrecken könne. (Sehr gut!)

Unsere parlamentarischen Verhandlungen waren seit einigen Jahren häufig durch religiöse Streitfragen belebt. Von welcher Seite kam der erste Anstoß? Das wollen wir nicht unterfragen. Wenn die Freiheit der religiösen Ueberzeugung, wenn das Ansehen des Staats oder der Gesetze in Frage gestellt oder bedroht sind, darf es nicht Wunder nehmen, daß sie ihre Beschwerden auf die Tribüne bringen. Als Anhänger der Gewissensfreiheit und erklärte Gegner von Allem, was sie beantragen könnte, werden wir diesen Fragen, da sie aufgeworfen sind, mit tiefer Ehrfurcht vor ihrem Gegenstande nahetreten; aber wir werden unter allen Umständen und vor Jedermann die Beobachtung der Gesetze verlangen, welche seit Anfang des Jahrhunderts die Beziehungen zwischen der bürgerlichen und geistlichen Gesellschaft in Frankreich geregelt haben. (Sehr gut! Beifall im Centrum.)

Noch eine andere Seite unseres inneren Lebens hat mit Recht, meine Herrn, Ihre Aufmerksamkeit erregt. Sie fragen uns, ob die zahlreichen Beamten der französischen Verwaltung unseren neuen Institutionen gleich ergeben sind. Diefelben konnten über ihre Pflicht in den ersten Jahren nach dem Kriege in Zweifel sein. Seitdem aber die Republik die verfassungsmäßige Regierung Frankreichs geworden ist und die Wahlen für das Abgeordnetenhaus, wie für den Senat, dem neuen Regime eine so feierliche Weihe ertheilt haben, kann dann noch ein Zweifel gestattet sein? Wenn jeder andere Bürger von der ausgiebigen Freiheit, die ihm das Gesetz einräumt, in Wort und Schrift gegen unsere Institutionen Gebrauch macht, darf der Beamte dasselbe thun? Wäre nicht bei ihm, was bei jenem der Gebrauch eines Rechts ist, eine Art von Verrat? (Zustimmung.) Ueber diese Grundbegriffe der gesellschaftlichen Moral kann man nur einer Meinung sein; aber indem wir sie zur Geltung brachten, mußten wir einerseits die Gerechtigkeit und das Mißtrauen, welches die Wahlen von 1877 zurückließen, andererseits die Stimme der Gerechtigkeit und die Achtung für die geleisteten Dienste berücksichtigen. Inzwischen waren wir und werden wir auch ferner unerbittlich sein gegen den Beamten, der auch außerhalb seiner Funktionen die Regierung, welcher er dienen soll, angreift und ansehwärzt. (Sehr gut!) Wir einem Wort, wir werden die erklärten Gegner der Republik nicht im Amte behalten. (Beifall im Centrum und links.) Aber bei aller Strenge wollen wir auch gerecht sein und uns erst des begangenen Fehltritts vergewissern, ehe wir die Strafe verhängen. . . .

Der allgemeine Zolltarif ist von einem Ausschusse des Abgeordnetenhauses eingehend geprüft worden. Es ist zu wünschen, daß er recht bald dem Votum der Kammer unterbreitet werde. Die Verwerfung des mit Italien geschlossenen Vertrags und die Weigerung der österreichisch-ungarischen Regierung, den Vertrag vom 11. Dezember 1866 auf ein Jahr zu verlängern, haben das Vertragsregime, unter welchem unser Handelsverkehr mit dem Auslande steht, in einigen wesentlichen Grundzügen erschüttert. Unsere Handelsbeziehungen zu zwei großen Staaten sind unter das Gesetz eines allgemeinen Tarifs gestellt, welches mit den Bedürfnissen der Gegenwart kaum im Einklang ist. Die Revision unseres allgemeinen Tarifs und die Feststellung unserer künftigen Handelspolitik durch die öffentlichen Gewalten ist also nöthiger, als je. Unsere noch ausstehenden Verträge laufen im Jahr 1879 oder Anfang 1880 ab, mit Ausnahme der Verträge mit England und Belgien, denen kein Termin gesetzt war. Um alle Rechte der Kammern vorzubehalten und ihren künftigen Entscheidungen die volle Wirkung zu walzen, haben wir diese beiden Verträge gekündigt, so daß sie gleichzeitig mit allen unseren anderen Verträgen ablaufen werden. Die damit erzwungene Handlungsfreiheit wird es uns möglich machen, die Stufenleiter unserer Tarifs einigen besonderen Veränderungen zu unterziehen, deren Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit die Erfahrung dargezogen hat, ohne uns jedoch von den weissen Grundzügen der Handelsfreiheit zu entfernen, unter deren Regide sich seit 18 Jahren so viele Interessen zusammen geschaart haben und deren Durchführung der nationalen Arbeit einen gewaltigen Aufschwung gegeben hat. (Zustimmung.)

Dieses Regierungsprogramm hat im Senat einen entschieden befriedigenden, im Abgeordnetenhaus und in der Presse dagegen einen sehr zweifelhaften, wenn nicht geradezu verthimmenden Eindruck gemacht. Das Organ Gambetta's, die „Republique française“, unterzieht es in drei Artikeln einer ägenden Kritik: Das Schriftstück wimmle von: soulement, toutefois, d'autre part, mais, tout en tenant

compte, tout en respectant, kurz von allen Worten und Wendungen, welche die Sprache zur Verfügung stellt, wenn man einen Bordersatz abschwächen oder ganz wieder aufheben will. Genug, sagt die „Republique“, was in diesem Programm befriedigen kann, war schon bekannt, und was es für die Zukunft ankündigt, ermangelt der Klarheit. Im Uebrigen geht aus allen drei Artikeln des Gambetta'schen Blattes ebenfalls nicht klar hervor, ob es das Ministerium stützen oder bekämpfen will. Noch größer ist die Zweideutigkeit im „Journal des Debats“. Da heißt es im Bulletin:

Das ist doch noch einmal ein wirkliches Programm; jede Linie enthält eine Zusage von Reformen und wir hoffen, daß dieses Schriftstück um so besser gewürdigt werden wird, je aufmerksamer man es prüft.

Drei Spalten weiter giebt aber John Lemoine über das nämliche Schriftstück die ganze Länge seines Spotts. Es sei, meint er, doch gar zu anspruchslos und die Bescheidenheit sei nicht gerade eine für den Gebrauch der Regierungen erfundene Tugend. Er könne auch nicht sagen, daß dieses Programm mit guten Vorsätzen gepflastert sei, da dies an einem Ort erinnern würde, mit dem es nichts gemein hat; denn es sei kalt, sehr kalt.

Dahingegen indes, heißt es zum Schluß, die Note des Gemüths in dieser Mittheilung vermischt wird, wollen wir zugeben, daß kaltes Blut, Mäßigung und sogar Gleichgültigkeit die besten Mittel für eine kluge Verwaltung sind, und von diesem Standpunkte ist das ministerielle Programm ein wahres Muster.

Der „Siecle“ urtheilt nicht minder kühl und beinahe werverfend:

Das Land wird alle diese Auslassungen, die ihm nicht gleichgültig sein können und nöthige Reformen ankündigen, mit Interesse lesen. Nach den Wahlen vom 5. Januar aber hat die Nation etwas Anderes erwartet. Sie erwartete das ausdrückliche Versprechen einer energischen und definitiven Reinigung des Verwaltungs- und Gerichtspersonals. In diesem wesentlichen, kapitalen Punkte aber, der mit der religiösen Frage die eigentliche Tagesordnung bildet, wird die ministerielle Erklärung, wie wir leider erklären müssen, dem Lande eine bittere Enttäuschung bereiten.

Edmond About nennt das Programm im „XIX. Siecle“ eine mühselige, strapazirte, farblose und durch Redoungen verwässerte Elucubration; indem er sich dann mit John Lemoine merkwürdiger Weise in demselben Bilde begegnet, fügt er hinzu:

Es ist mit guten Vorsätzen gepflastert, dieses Regierungsprogramm; aber seine Pflastersteine halten nicht zusammen, sondern verfallen einer nach dem andern unter den Tritten des bürgerlichen, rechtschaffenen und mühsigen Pflasterers. Der Inhalt ist immer noch tausendmal besser, als die Form. Die Form hat es umgebracht. Und wenn sie noch weiter nichts, als das Programm umgebracht hätte!

Wenn solches am grünen Holze der ministeriellen Presse geschieht, kann man errathen, daß die radikalen Blätter an der Deklaration kein gutes Haar lassen. Die „Marseillaise“ nennt sie „burlesk“; der „Appel“, bemerkt höhnisch, daß man von einem achtzigjährigen Reaktionsär nicht mehr verlangen könne; die „Revolutions française“ legt über ihren Leitartikel ein riesengroßes: Rien! und wie auch hier die schönen Seelen sich begegnen, entdeckt auch die „Lanterne“, die Regierung habe einen Wechsel mit dreimonatlicher Frist auf — Nichts ausgestellt; noch besser, im „Voltaire“ begegnen wir genau derselben Ueberschrift, wie in der „Revolutions française“: Rien!

In demselben Maße als die republikanischen Organe sich von dem Ministerium entfernen, nähern sich ihm die konservativen der verschiedenen Schattirungen. Der „Gaulois“ lobt das Cabinet und findet in seiner anscheinenden Ungeschicklichkeit und Stumpheit eine tiefe Berechnung; es wolle sich für den Augenblick möglich erhalten, da man ein Ministerium des Kampfes gegen die Umsturzmänner mit republikanischem Etikett brauchen werde. Der „Soleil“ sagt:

Das neue Programm, welches der Senat mit stichtlicher Sympathie angenommen hat, scheint uns allen Anforderungen der Lage hinsichtlich zu entsprechen. Der Sturz des Ministeriums nach einem so angiebig liberalen Programme würde eine Krisis eröffnen, deren Tragweite gar nicht abzusehen wäre.

Der General Sausser, ein Mann, welcher schon in der Nationalversammlung von 1871 seine republikanische Gesinnung und seine hohe Kompetenz für Organisationsfragen bewährt hat, ist zum Generalstabschef im Kriegsministerium designirt worden. — Nachdem die Abhaltung des Kapitels des Schwarzen Adlerordens in Folge der von dem Berliner Hofe angelegten Trauer acht Tage verschoben worden ist, hat auch der deutsche Votschafter, Fürst Hohenlohe, seine Abreise nach Berlin, die gestern erfolgen sollte, auf nächsten Donnerstag angelegt.

Die „Erfasette“ hat die Spezialität, auf eigene Faust Ministerien zu bilden. Sie verfügt demnach die Erziehung des Cabinets Dufaure durch folgende Kombination, von der sie natürlich versichert, sie sei „bereits im Prinzip festgelegt“: Hr. v. Freycinet, Ministerpräsident und öffentliche Arbeiten; General Favre, Krieg; Admiral Jauréguiberry, Marine; Calmon, Inneres; Duclere oder Germain, Finanzen; Paul Bert, Unterricht; Antonin Prohet, Schöne Künste; Fournier, Aeußeres, mit Spuller als Unterstaatssekretär; Leon Renault, Justiz. Leere Vermuthung, die aber in mancher Originalkorrespondenz als „eigene Information“ wiederkehren dürfte, daher wir gleich die rechte Quelle bezeichnen haben wollen.

Rußland.

Die „Kreuzzeitung“ bringt eine ausführliche Mittheilung aus Petersburg, wonach alle Minister gerüchte, die in der letzten Zeit so häufig waren, wie Sternschnuppen im August, unbegründet sind. Namentlich wird auch nicht daran gedacht, Schwalow oder Balujew zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Der einzige von sämmtlichen Ministern, in Bezug auf welchen anscheinend mit einer gewissen Berechtigung Rücktrittsgerüchte zirkuliren, ist der Minister für den

